

Mittwoch,
29. April 1914.

Nr. 198.

53. Jahrgang.

Das Posener Tageblatt
erhält
an allen Verkäufen
zweimal.
Der Bezugspreis beträgt
vierteljährlich
in den Geschäftsstellen 3,00,
in den Ausgabestellen 3,25,
frei ins Haus 3,50,
bei allen Postanstalten des
Deutschen Reiches 3,50 M.

Fernhr. Nr. 4246, 3110, 5249 u. 2278.

Ansendungen sind nicht an eine Person, sondern an die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle zu richten. — Bei Einsendung redaktioneller Beiträge wird gleichzeitige Angabe des Honorars erbeten; nachträgliche Forderungen können nicht berücksichtigt werden. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn das Postgeld für die Rücksendung beigefügt ist.

Telegr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt

Herausgegeben im Auftrage des Komitees des Posener Tageblattes von E. Girschel.

Anzeigenpreis
für eine kleine Zeile im
Anzeigenteil 25 Pf.
Reklameteil 80 Pf.
Stellengeschäft 15 Pf.
Anzeigen nehmen an
die Geschäftsstellen
Tiergartenstr. 6
St. Martinstr. 62
und alle
Annonsenbüros.

Telegr.: Tageblatt Posen.

Weitere heimliche Waffen- sendungen für Ulster.

Nach einem Telegramm aus Londonderry in Ulster wurde in den letzten drei Nächten bei Donegal in Irland ein Dampfer beobachtet, der schließlich Bough Swilly anlief, nachdem er seine Ladung auf Fischerboote übergeführt hatte. Die Nationalisten in Londonderry erklären, daß der Dampfer Waffen für die irischen Nationalisten-Freimaurer aus Amerika herübergebracht habe.

Marineminister Churchill erklärte, dies sei das kürzeste Tadesvotum und die unverschämteste Vorbering nach einer Untersuchung, die jemals vorgenommen seien.

Carson und Craig seien eben wohl von ihren kriegerischen Heldenarten zurückgekommen, um eine gerichtliche Untersuchung über die Haltung der Leute zu fordern, die für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung verantwortlich seien. Dies sei ja einem Tadesvotum ähnlich von Verbrehern gegen die Polizei.

Die Regierungsmahnahmen gegen Ulster.

Im englischen Unterhause brachte gestern vor vollbesetztem Hause Austen Chamberlain namens der Opposition eine Resolution ein, daß mit Rücksicht erstens auf die ernste Natur der Flotten- und Heeresbewegungen, die kürzlich vor der Regierung gegen Ulster ins Auge gefasst worden seien, zweitens mit Rücksicht auf die Unvollständigkeit und Ungenauigkeit in wesentlichen Punkten der Ministererklärungen und drittens mit Rücksicht darauf, daß es die Regierung beständig habe daran fehlen lassen, der Lage aufrichtig gegenüber zu treten, das Haus der Meinung sei, daß eine vollkommene, unparteiische Untersuchung über alle Umstände stattfinden solle. Chamberlain erklärte, es habe sich ein beklagenswerter Mangel an Aufrichtigkeit und Offenheit gezeigt und über Tatsachen seien wesentlich falsche Erklärungen abgegeben worden.

Im Verlauf der Sitzung erklärte Ministerpräsident Asquith, daß die Einbringung des Budgets erst am 4. Mai erfolgen werde.

Eine Infanterie-Abteilung gegen die Ulsterrebellen.

Eine Infanterie-Abteilung hat Bezahl erhalten, mit zwei Maschinengewehren am heutigen Mittwoch von Omagh nach Londonderry abzugehen.

*

Auswärtige Fragen im Unterhause.

Ferner fragte der Abg. King (Liberal), ob Staatssekretär Grey Kenntnis habe, daß kürzlich ein weiteres militärisches Unternehmen zwischen den Mächten der Tripleallianz gefordert worden sei, im Hinblick auf eine gemeinsame Aktion auf dem Kontinent für den Fall gewisser Eventualitäten, und zweitens, ob die Politik Englands auch weiterhin frei von allen Verpflichtungen zu militärischen Operationen auf dem Kontinent bleibe.

Grey erwiderte: Die erste Frage ist zu verneinen. Was die zweite Frage anbetrifft, so bleibt die Stellung Englands dieselbe, wie sie in der Erklärung des Premierministers Asquith am 24. März 1913 dargelegt wurde.

Das Befinden des Kaisers Franz Joseph.

Nach dem gestrigen Abendbericht über das Befinden des Kaisers Franz Joseph sind die Symptome des trockenen Katarrhs ziemlich unverändert. Die Herzläufigkeit ist kräftig. Appetit und Allgemeinbefinden lassen nichts zu wünschen übrig. Der Kaiser brachte gestern $\frac{1}{2}$ Stunden in der kleinen Galerie zu und empfing den Erzherzog Franz Ferdinand sowie den Oberhofmeister Fürsten von Montenuovo und die beiden Generaladjutanten.

Vierfacher Mord in den Straßen von Warschau.

Dienstag vormittag ereignete sich in Warschau ein entsetzlicher Vorfall, der vier Menschenleben forderte. Als der Vermüller einer Privatschlachterei, ein gewisser Kreutmann, das Haus des Großschlächters Burszwo verlassen wollte, wurden plötzlich auf ihn vom Flur aus mehrere scharfe Schüsse abgegeben, die ihn tot zu Boden streckten. Der Großschlächter Burszwo eilte von der Straße her zu Hilfe, wurde aber ebenfalls durch mehrere Schüsse aus dem Hinterhalt niedergestreckt und seine aus dem Hause eilende Tochter so schwer verwundet, daß sie bald darauf ihren Verletzungen erlag. Man bemerkte nun in gut gedeckter Stellung zwei Banditen, die auf das Haus ein regelrechtes Feuer unterhielten, die während der tollen Schießerei auch eine Händlerin Zibermann, als sie aus dem Hause fliehen wollte, tot zu Boden streckten. Infolge der allgemeinen Aufrregung traute sich niemand an die Verbrecher heran, so daß diese sich zurückzogen und entflohen konnten, ehe sie erkannt wurden. Wie verlautet handelt es sich bei dem Verbrechen um den Nachdruck von Schlachthausangestellten, die mit Kreutmann und Burszwo schon seit langem in Freundschaft lebten.

Mittag-Ausgabe.

Posener Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Posen.

Die Zentrumsanträge im Abgeordnetenhaus.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

66. Sitzung vom Dienstag, 28. April.
(Ausführlicher Bericht und Schluz; Anfang s. Mittwoch-Morgenaugabe.)

Die Kultusdebatte.

Abg. Graf v. Moltke (freit.):

Die Klagen des Abgeordneten Kloppenborg sind unberechtigt. Von einer Unterdrückung der Dänen kann keine Rede sein. Die preußischen Landräte und Lehrer haben ein sehr ausgedehntes Gerechtigkeitsgefühl, als daß sie sich über die bestehenden rechtlichen Vorchriften hinwegsetzen würden. Mit der dänischen Agitation ist es das gleiche wie mit der polnischen. Bei Nachprüfung stellen sich die Fälle immer als übereinander heraus. Die deutsche Bevölkerung ist unter dänischer Herrschaft viel ärger bedrückt worden. (Sehr richtig! rechts.) Das Sprachen-Exkript von 1888 war durchaus notwendig. Die Regierung ist stets schonend und maßvoll vorgegangen. Deutsche Kultur, Sprache und Sitte wird fortschreiten, ganz einerlei, ob die dänischen Agitatoren sich dagegen stemmen oder nicht. (Beifall rechts.) — In der Frage unserer Stellung zur Staatshoheit über die Orden haben wir unsere Haltung nicht geändert, wie Dr. Lohmann meint. Sie ist dieselbe geblieben, wie sie Herr v. Bredt seinerzeit kennzeichnet hat. Wir müssen den Staat vor den Nebengräßen der Orden schützen. Hier können wir keine Koncessions machen. Die leidige Sache mit dem Kaiserbrief hätte hier nicht behandelt werden sollen. Was hat es denn für einen Zweck, die Frage nach der Schuld immer wieder aufzurollen. Wenn so etwas geschieht, darf man sich nicht wundern, wenn die Sozialdemokraten und Polen mit gestohlenen Briefen operieren. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Traub (Dortscr. Volksp.):

Die Zahlen im Staat geben ein erfreuliches Zeugnis für unser Bürgertum, das sich der Aufgaben die der Heranbildung des kommenden Geschlechts bewußt ist. Es ist aber ein bedenkliches Zeichen, daß man in den Kommunen über die Volkschule Lehrer klagt. Vom nationalen Standpunkt sollte man sich über das Auswachsen freuen. Die finanziellen Auswendungen des Staates für die Kirche sind außerordentlich gewachsen. Es muß aber einmal ausgesprochen werden, daß diese Leistungen eine rechtliche Grundlage nicht haben. Auch die Kirche sollte mit ihrem großen Vermögen zum Wehrbeitrag herangezogen werden. Die Kirchenaustrittsbewegung ist eine ganz bedauerliche Erscheinung. Man kann den Leuten keinen religiösen Erfolg bieten. Diese Bewegung ist aber das Symptom einer ganzen Reihe von Fehlern, die gemacht worden sind. Der Religionsunterricht muß reformiert werden. Trennung der Schüler beim Konfirmationsunterricht sollte nicht zulässig sein. Die Zahl der Religionsstunden muß verminder werden. Vielfach wird auf den Schulen eine Religion gelehrt, die im Leben nachher nicht standhält. Zu wünschen ist die gemeinsame Erziehung der Geschlechter. (Beifall links.)

Abg. Korsant (Pole):

Graf Moltke hat von den Dokumenten des Ostmarkenvereins gesprochen, ich weise den Vorwurf zurück, als ob wir gerade mit gestohlenen Briefen operiert hätten. Der Minister hat gestern auf die ruhigen und sachlichen Ausführungen meines Kollegen in einer Weise geantwortet, die verleidigend wirken muß. Wir haben gestern durchaus nicht Fälle tendenziös entstellt und zu unseren parteipolitischen Zwecken ausgenutzt, sondern mein Kollege hat gestern überhaupt nur zwei Sachen vorgebracht, die dem Ministerium bekannt sein mußten. Entschieden überzeugen muß ich der gestrigen Bemerkung des Ministers, daß wir Polen bei den Vorfällen in der St. Pauluskirche in Moabit die Politik in die Kirche hineingetragen hätten. Diese Behauptung ist unwahr. Der Minister hätte doch besser orientiert sein sollen. Wie war nun die Sache? Nach dem Brauch der katholischen Kirche hat jeder Katholik einen Anspruch darauf, über die Heilsarbeiten seiner Kirche in der Muttersprache unterrichtet zu werden. Wenn man das schon vom gewöhnlichen Religionsunterricht verlangt, so muß es noch mehr gefordert werden, um zum ersten Male zum Tische des Herrn zu gehen. Dies gilt nicht nur für die Polen in der Heimat, sondern auch für die Polen in Berlin, die größtenteils durch die Politik der Regierung gezwungen waren, ihre Heimat zu verlassen. Die Kinder in Berlin wurden darauf privat von einem Mann unterrichtet, der durchaus ein gläubiger Katholik war. Was über diesen Mann in der Presse geschrieben hat, besonders der Vorwurf, daß er leichtfertigerweise seine Familie verlassen hat, ist alles Lüg und Trug und krasser Schwund. Der Mann ist als Lehrer durchaus seiner Pflicht nachgekommen. Zwei Mitglieder unserer Fraktion, die zugleich Geistliche sind, haben die von ihm unterrichteten Kinder geprüft und haben gefunden, daß sie durchaus gut unterrichtet waren, um zur heiligen Kommunion zugelassen werden zu können. Den Eltern wurde denn auch von der Geistlichkeit in Moabit versprochen, daß die Kinder zur Kommunion gehen könnten, wenn sie zusammen mit ihren Eltern an den Altar herantreten würden. Mit Rücksicht auf die eventuellen Vorwürfe der Regierung sollte aber vorher eine Pause von fünf Minuten eintreten. Am nächsten Sonntag begaben sich die Kinder mit den Eltern, die Mädchen weiß gekleidet, zur Kirche. Es herrschte vollständige Stille in der Kirche. Alles hörte andächtig zu, und nachdem die Messe zu Ende war, traten die Kinder mit den Eltern zusammen an die Kommunionbank. Es verlossen nun 5, 10 Minuten, und der Geistliche erwiderte noch immer nicht. Da gingen zwei von den Eltern in die Sakristei, um zu fragen, weshalb die Kommunion denn nicht erteilt würde. In der Sakristei trafen sie aber bereits die Geheimpolizisten an. (Der Minister schüttelt den Kopf.) Es ist aber doch so! Die Väter befanden dann die Antwort, daß die Kommunion nicht erteilt werden könnte, und gingen wieder in die Kirche zurück, um dies den anderen Eltern zu sagen. Natürlich war jetzt alles perplex, weil doch eine feste Zusage schon gegeben war. Nun erhielten der Pfarrer und präparierte die Leute auf, die Kirche zu verlassen. Zugleich aber erschienen auch die Geheimpolizisten in der Kirche mit dem Hut auf dem Kopf. Ich meine nun, sie mögen evangelisch oder katholisch sein, es wird Sie alle empören, trifft das zu, wonach die Regierung in den unteren Klassen der

wenn Sie die Polizisten mit dem Hut auf dem Kopf in Ihrer Kirche sehen. Dann betrat ein Aufgebot von etwa 50 Schülern mit dem Helm auf dem Kopf ebenfalls das Gotteshaus. Natürlich erregte dies eine große Entrüstung. Es ist aber vollständig unbekannt, daß große Ausschreitungen vorgekommen sind, und daß die Leute mit Gewalt aus der Kirche herausgetrieben werden mußten. Die Leute waren bisher vollkommen ruhig und still gewesen, als sie die Polizisten in der Kirche sahen, da ignorierten sie allerdings auf. Dies wird jeder begreiflich finden! Natürlich ging es nicht so schnell, daß alle Leute den Ausgang gewinnen konnten. Die Pauluskirche hat nur wenige und ganz schwache Ausgänge, und es waren rund 2000 Personen anwesend. Das nicht in fünf Minuten alle die Kirche verlassen konnten, sondern daß eine gewisse Zeit dazu gehörte, werden Sie alle zugeben müssen. Aber von irgendwelchen Ausschreitungen ist dabei absolut nicht die Rede gewesen. Die Presse wurde wahrscheinlich von der Polizei gespeist, zur Freude des Ostmarkenvereins. Und was hat der noch daraus gemacht! Die krassesten Lügen standen in der Presse, die gemeinten Verleumdungen kann man gar nicht genugend charakterisieren. Um meisten möchte natürlich auch in diesem Falle wieder das „Posener Tageblatt“ dazukommen! Solche Niedertracht kann man nicht anstrengen. Die ganze Sache ist nur so aufgebaut, um Zwietracht zwischen den Katholiken zu föhren. Im Vorjahr hat der Oberpräsident von Brandenburg den bischöflichen Delegaten zur Rede gestellt, daß polnische Kinder zur Kommunion zugelassen würden. Ist das keine Einmischung in die kirchlichen Verhältnisse? Ich wünschte, der Delegat hätte ihm geantwortet: Peje weg! Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß die Geistlichen in Moabit nur aus Angst vor der Behörde sich die Einmischung gefallen ließen, aus Angst, daß sonst Tausende katholischer Kinder die Segnungen der Kirche überhaupt verloren gingen. Vielleicht weiß der Minister von den Einzelheiten des ganzen Falles nichts, aber die untergeordneten Behörden trifft jedenfalls ein Verschulden.

Kultusminister v. Trott zu Solz:

Ich muß die Angriffe des Vorredners mit einer gewissen Schärfe zurückweisen, weil ich darin den Versuch erblicke, eine der Herren Polen unangenehme Angelegenheit zu verschlieben und sich eine bessere Position zu sichern auf Kosten der Regierung. Ich erkläre mit allem Nachdruck nochmals, daß die Regierung mit diesen Vorgängen in keiner Weise in Verbindung steht. Sie hat in dieser Angelegenheit nur den Schutz gewährt, den sie jedem Staatsbürger gewährt, wenn er von ihr erbetet wird. Er wurde auch mit Recht erbeten, weil aus dem Verhalten der Polen zu befürchten war, daß es zu erheblichen Demonstrationen in der Kirche kommen würde. Denn es gingen Dinge in Berlin voraus, bei denen heftige Reden gehalten wurden, aus denen die Geistlichen die Befürchtung entnahmen, daß es zu Unruhen kommen würde, und ich glaube, daß man der Ansicht sein kann, daß ein katholischer Geistlicher zu einer derartigen Maßnahme, nämlich die Hilfe der Polizei in Anspruch zu nehmen, sich nicht entschließen wird, wenn er nicht dringende Gründe zu einer derartigen Bitte hat. Was die Vorgänge selbst anlangt, so sind die Geistlichen bemüht gewesen, in der Kirche Ruhe zu halten. Das ist ihnen nicht gelungen, und sie ist erst eingetreten, als die Polizei eingriff. Das ist mir vom Geistlichen selbst bestätigt worden, mit welcher Ruhe und Disziplin von der Polizei vorgegangen wurde. So ist die Angelegenheit tatsächlich gewesen! Was die Zulassung der Kinder zur Kommunion anlangt, so ist das lediglich eine Angelegenheit der Kirche; darum hat sich der Staat nicht zu kümmern und hat sich nicht gekümmert. Auch hier wird die Geistlichkeit wohl einen Grund gehabt haben, weshalb sie den Unterricht der Kinder nicht für ausreichend gehalten hat. Es ist nicht richtig, daß vom Oberpräsidenten in dieser Angelegenheit nur eine Verfügung erlassen worden ist. Alle drei hier in Frage kommenden Stellen, darunter die Geistlichkeit, haben das auf das entschiedenste verneint. (Lebhafte Hört, hört!) Wer so wird es gemacht! Da ist vielleicht mal vor Jahren irgend eine Anfrage an die hiesige Geistlichkeit gekommen, die wird entstellt, der Inhalt wird entstellt, die Zeit verschoben, und dann wird behauptet, die Regierung hat diesen Befehl an die Geistlichkeit gerichtet. Die Sache wird gefälscht und hier vorgetragen, um die polnischen Interessen zu vertreten und die Regierung ins Unrecht zu setzen. (Lebhafte rechts: Das sind die Herren Polen!) Die ganze Angelegenheit ist den Polen scheinbar recht unangenehm. Überall in der ganzen Welt wird die Presse von ihnen bearbeitet, um eine eklatante Bergewaltigung der Polen daraus zu machen. Es besteht, wie wohl bekannt sein dürfte, eine polnische Propaganda-Abteilung, namentlich um die ausländische Presse mit polnischen Nachrichten zu versiehen, und diese Nachrichten sind stets in dem betreffenden Sinne gefärbt und in agitatorischem Sinne gegen die preußische Regierung bearbeitet. Auch in dem Moabit-Falle ist das geschehen, und besonders ist die italienische Presse zu beeinflussen versucht worden. Der Minister verliest einen Artikel der „Italia“, wonach die Polizei mit gezogenem Säbel und dem Revolver in der Hand sich auf die polnischen Kinder gestürzt hätte, verkleidete Polizisten in der Kirche gewesen seien und die Polen keinen Widerstand geleistet hätten, und fährt dann fort: Ich habe nachgewiesen, daß die Darstellung des Vorredners unrichtig ist und den Tatfachen direkt ins Gesicht schlägt. Das ist die alte Methode, die Dinge einseitig zu färben und hier vorzutragen und dann Angriffe gegen die Regierung anzuläppen. (Lebhafte rechts!) Auch für den Posener Fall trifft das zu, wonach die Regierung in den unteren Klassen der

